

Gemeinderat - öffentlich - vom 16.07.2013
1) TOP Bürger fragen

Frau Martha Zipfel: Sie sei Anwohnerin des Eisenbahnweges 13. Sie möchte sich erkundigen, wie in diesem Bereich künftig der Lärmschutz wieder hergestellt werde. Im Jahr 2012 seien in diesem Bereich Bäume massiv zurückgeschnitten worden. Nach ihrem Kenntnisstand sollten im August 2014 die Bäume vollständig entfernt werden. Die Anwohner würden sich wünschen, dass sie von der Bahn und der Stadt in die künftigen Planungen eingebunden würden.

Oberbürgermeister Frei: Es handle sich nicht um ein städtisches Grundstück. Die Zuständigkeit liege nicht bei der Stadt, sondern bei der Bahn. Die Stadt werde die Anfrage von Frau Zipfel schriftlich beantworten. Gerne werde er einen adäquaten Lärmschutz unterstützen.

2) TOP 3-012/13 Freiwillige Feuerwehr - Wahl des Feuerwehrkommandanten

Oberbürgermeister Frei: Herr Feuerwehrkommandant Joachim Wicher habe aus gesundheitlichen Gründen um seine Abberufung gebeten. Besonders sei, dass zwei qualifizierte Bewerber die Nachfolge von Herrn Wicher angestrebt hätten. Herr Markus Dold sei gewählt worden. Er gratuliere einem erfahrenen Feuerwehrmann mit einer langen Karriere zu diesem anspruchsvollen Amt.

Beschluss:

Der Wahl von Herrn Markus Dold zum Feuerwehrkommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Donaueschingen wird zugestimmt.

(einstimmig)

3) TOP 4-118/13 Militärgelände Deutsch-Französische Brigade - Einrichtung zusätzlicher standortnaher Übungsräume

Oberbürgermeister Frei: Er verweise auf die dreistündige Diskussion in der Gemeinderatssitzung am 25.06.2013 sowie auf die Bürgerinformationsveranstaltung in Grüningen am 13.07.2013, wo man ebenfalls drei Stunden beraten habe. Zudem habe heute um 16 Uhr in Grüningen eine Übungsdemonstration stattgefunden. Man habe versucht, die unterschiedlichen Anliegen aufzunehmen. Er glaube, dass alle Anregungen nunmehr in den Vertrag aufgenommen werden konnten. Der Gemeinderat müsste nun die Entscheidungsgrundlage haben. Die Verkleinerung des Übungsgeländes auf 170 ha und das Abrücken der Übungsgelände von der Wohnbebauung stelle eine deutliche Entlastung für Aufen und Grüningen dar. Die erarbeitete Lösung müsste für die dortige Bevölkerung akzeptabel sein. Hinsichtlich der Lärmbeeinträchtigung verweise er auf die Übungsdemonstration von heute. In den Vertrag seien wesentliche Modifikationen aufgenommen worden. Manöverpatronen dürften nur an drei Tagen pro Woche verwendet werden. Grundsätzlich seien die Soldaten von Montag bis Freitag im Übungsgelände nicht präsent. Die Formulierung der „Reservierung“ des Übungsgeländes sei gestrichen worden. Die Vertragslaufzeit und die Kündigungsmöglichkeiten seien modifiziert worden. Der Revierförster würde von der Deutsch-Französischen Brigade über geplante Übungen informiert werden. Dieser leite die Informationen an die weiteren Betroffenen weiter.

Die Anregungen und Vorschläge seien konsequent im Vertrag umgesetzt worden. Alles sei unternommen worden, was habe unternommen werden können. Er respektiere und akzeptiere aber auch die Zurückhaltung mancher zu diesem Thema.

Stadtrat Dr. Klotzbücher: Es handle sich nunmehr um einen ausgezeichnet ausgehandelten Vertragsentwurf. Alles sei berücksichtigt worden, was im Gemeinderat vorgetragen worden sei. Die Variante Ochsenberg solle aber weiter im Kopf behalten werden. Er könne sich vorstellen, dass dies eine sinnvolle Fläche und zusätzliche Variante zur Entlastung der anderen Gebiete darstellen würde.

Oberbürgermeister Frei: Man habe auf die leichte fußläufige Erreichbarkeit der Gebiete Wert gelegt. Es sei immer darauf geachtet worden, dass die Donaueschinger Bevölkerung möglichst wenig beeinträchtigt werde.

Stadtrat Müller: Er danke für die Bemühungen des Oberbürgermeisters und der Verwaltung. Ebenso danke er der Wehrbereichsverwaltung, dass diese auf die Anregungen eingegangen sei und diese nunmehr umfassend berücksichtigt seien. Die CDU-Fraktion könne überwiegend den Beschlussvorschlägen zustimmen. Er sei froh, dass es die Deutsch-Französische Brigade in Donaueschingen gäbe. Er bedauere, dass in Immendingen die Übungsmöglichkeiten weggefallen seien. Die Deutsch-Französische Brigade müsse die Möglichkeit haben, vor Ort kleinere Übungen durchführen zu können. Die jetzt ausgehandelten Abstände zur Wohnbebauung seien tragbar.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Donaueschingen sei immer eng mit Immendingen verbunden gewesen. Heute müsse über den Überlassungsvertrag entschieden werden. Sie lobe das Entgegenkommen der letzten Wochen. Manches sei aber immer noch offen, so die Zahl der Soldaten, die im Übungsgelände üben würden; ebenso die Zahl der Übungen, die Zahl der Feuerkämpfe und Angaben darüber, was nachts geübt werde. Offen sei ebenfalls, wie die Soldaten ins Gelände kommen würden. Alles in allem komme sie zu dem Ergebnis, dass es für die Bürgerinnen und Bürger unzumutbar sei, das jetzige Gebiet für standortnahe Übungsräume auszuweisen. Übungsplätze würden nicht in die Nähe der Wohnbebauung gehören. Zudem seien naturschutzrechtliche Fragen noch offen. Donaueschingen stelle einen Erholungsort dar. Militärische Übungen in Erholungsgebieten seien abträglich. Bei der heutigen

Übung in Grüningen habe sie sich bei einem Feuerkampf erschrocken. Die Unvereinbarkeit von Militär und Erholungsgebiet sehe sie nicht nur für Aufen und Grüningen, sondern für ganz Donaueschingen. Die weitere Diskussion erübrige sich nun. Durch die geografische Lage von Donaueschingen sei stets jemand durch die Übungsräume betroffen. Es gebe genügend Brachflächen auf der Schwäbischen Alb. Sie frage sich, was in der Zukunft noch alles möglich sein solle. Sie sehe, dass die Brigade ein Wirtschaftsfaktor darstelle. In diesem Bereich gebe es aber auch andere Entwicklungen. Aus ihrer Sicht sei die Deutsch-Französische Brigade nicht gesichert. Die deutsch-französische Freundschaft hänge nicht von der Deutsch-Französischen Brigade ab.

Stadtrat Karrer: Die Deutsch-Französische Brigade sei sehr wichtig. Man solle alles tun, um sie zu erhalten. Er verweise auf das Bundesleistungsgesetz und dessen Rechtsfolgen, die sich für Donaueschingen negativ auswirken könnten. Er gratuliere dem Oberbürgermeister und der Verwaltung zu den erzielten Erfolgen bei den Vertragsverhandlungen. Die Anregungen seien voll und ganz eingearbeitet. Nicht die Ablehnung des Mitbenutzungsvertrages, sondern die Zustimmung zu diesem sei bürgernah.

Stadtrat Käfer: Er bemängle, dass es keinerlei Gelegenheit gegeben habe, sich für Alternativflächen einzusetzen. Das Angebot des Fürstenhauses hinsichtlich des Ochsenberges solle nicht weggeschoben werden. Zudem verweise er auf den roten Sandweg zwischen Aufen und Grüningen (Schlechte). Er wünsche, dass diese Fläche aus dem Übungsgelände herausgenommen werde. Der Ochsenberg biete sich besser an als die kleinen Flächen in Aufen und Grüningen.

Oberbürgermeister Frei: Nicht die gesamte Fläche des Ochsenberges läge auf Donaueschinger Gemarkung. Hinsichtlich der „Schlechte“ rate er von einer weiteren Reduzierung ab. Er werde die Anregung von Herrn Stadtrat Käfer aber dahingehend aufnehmen, dass in diesem Gebiet auf den Feuerkampf verzichtet werden solle und werde dies in den Beschlussvorschlag einarbeiten.

Stadtrat Käfer: Die Anregung des Oberbürgermeisters sei ein Signal.

Stadtrat Michael Blaurock: Er stehe hinter dem Strauß der Anregungen der GUB. Er danke Herrn Oberstleutnant Kuhlmann und Herrn Bertsche für das konstruktive und offene Miteinander, jedoch solle man die Deutsch-Französische Brigade nicht um jeden Preis in Donaueschingen halten. Für die Fraktion der Grünen sei die Grenze nunmehr erreicht.

Stadtrat Hall: Er beglückwünsche Herrn Oberbürgermeister Frei zum jetzigen Ergebnis. Die Diskussion zu den standortnahen Übungsräumen habe im Juni nicht gut begonnen. Herr Oberbürgermeister Frei habe das Thema nun auf eine gute Basis gebracht. Die meisten Gemeinderäte würden dem jetzigen Ergebnis nun zustimmen. Die Stadtkaserne in Donaueschingen sei besonders, da Zivilisten und Soldaten sich direkt begegnen könnten. Die Stadtkaserne würde aber auch eingeschränkte Übungsmöglichkeiten mit sich bringen. Er sehe hier Differenzen zum Naherholungsgebiet. Die Soldaten würden im Komplex Naherholungsgebiet einen weiteren Nutzer darstellen. Für ihn persönlich gehe es an dieser Stelle zu weit. Nur eine Erweiterung östlich der Brigach sei für ihn vertretbar. Er setze sich für eine engere Fassung ein und könne deshalb dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Ortsvorsteher Dr. Buller: In Grüningen gäbe es nur vereinzelt Vorbehalte. Er persönlich sei froh, dass die eigentliche Bedrohung, nämlich ein unüberdachter Schießplatz, wahrscheinlich beseitigt sei. Für Grüningen hätte es wesentlich schlimmer kommen können. Bei der heutigen Übung habe man vom Sportplatz in Grüningen aus den Feuerkampf nicht hören können. Er bitte den Gemeinderat, der jetzigen Lösung zuzustimmen. Noch weitere längere Diskussionen könnten von Nachteil sein.

Beschluss:

1. Die Verbesserung der Übungsmöglichkeit des Militärs außerhalb des bestehenden Standortübungsplatzes Donaueschingen wird befürwortet. Die hierfür benötigten Flächen mit ca. 170 ha werden zur Verfügung gestellt.
2. Mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) ist eine vertragliche Vereinbarung abzuschließen. Dem in der Anlage beigefügten Vertragsentwurf wird zugestimmt.
3. Im Gebiet „Schlechte“ wird auf den Feuerkampf verzichtet. Diese Modifikation wird in den Mitbenutzungsvertrag eingearbeitet.

(24 Ja, 9 Nein)

4) TOP 4-116/13 Landschaftspark Junge Donau / Entwurf und weitere Planungsschritte - Vorstellung

Oberbürgermeister Frei: Die Junge Donau habe besondere Aspekte und Reize. Der Landschaftspark Junge Donau sei ein kleines regionales Teilprojekt der Donaunraumstrategie. Die Erschließung von weiteren Fördertöpfen sei möglich.

Herr Tim Kayzers vom Planungsbüro Planstatt Senner stellt anhand einer Power-Point-Präsentation den Masterplan vor. Die Präsentation ist dem Protokoll beigefügt. Er erläutert, dass nun die Bürgerbeteiligung anstehe.

Oberbürgermeister Frei: Er hoffe, dass so viel wie möglich umsetzbar sei. Eine einheitliche Sprache bedeute einen Mehrwert für Bürger und Touristen. Es handle sich vorliegend um eine große Chance, die man weiter nutzen sollte.

Stadtrat Hall: Die CDU spreche sich für dieses neue Projekt aus, vor allem auch im Hinblick auf die Themen Identifikation und Alleinstellungsmerkmale. Er stelle fest, dass man in Donaueschingen mit den Projekten schon recht weit sei. Er gebe den Anstoß, sich noch mehr zu überlegen, wie Landschaft und Natur intensiver und aktiver erlebt werden könnten. Er fordere mehr Projekte, die tiefer in das Landschaftserlebnis hineingehen. Zudem müsse das gesamte Projekt auch in den Stadtbereich Donaueschingen hineingeführt werden.

Stadtrat Roland Erndle: Er vermisse eine explizite Berücksichtigung der Breg. Diese sei im Bereich des Donauzusammenflusses kanalisiert. Er könne sich eine Renaturierung vorstellen.

Oberbürgermeister Frei: Der Landschaftspark Junge Donau dürfe nicht überfordert werden. Zudem handle es sich bei der Breg um ein Gewässer 1. Ordnung. Die Zuständigkeit läge beim Land Baden-Württemberg.

Stadtrat Karrer: Er sei froh, dass man heute mehr über das Projekt erfahre. Es handle sich um eine hervorragende Sache. Es sei sicherlich schwierig, die verschiedenen Ziele unter einen Hut zu bekommen.

Stadtrat Greiner: Er wundere sich, dass ein recht großer Geldbetrag seitens des Landes für die Bürgerbeteiligung eingesetzt würde. Er hinterfrage den Sinn der Bürgerbeteiligung, wenn diese nicht mit Einschränkungen verbunden sei.

Oberbürgermeister Frei: Die Bürgerbeteiligung sei der Landesregierung sehr wichtig.

Stadtrat Michael Blaurock: Die Bürgerbeteiligung sei positiv, da sie den Bürgern Informationen über das Projekt gebe. Zudem hebe er hervor, dass es sich bei der Baar um einen strategischen Knotenpunkt für Touristen handle.

Beschluss:

1. Die Ausführungen zum Sachstand Landschaftspark Junge Donau werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Landschaftsarchitekturbüro Senner die Planungen zur Umsetzung des Landschaftsparks Junge Donau fortzuführen.

(Einstimmig)

5) TOP 4-100/13 Fürstenberg-Gymnasium / Sanierung - 9. Zwischenbericht

Herr Bunse führt in die Thematik unter Verweis auf die einzelnen Bauabschnitte und die Kostenübersicht ein.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Sie danke dem Projektbeirat für seine Arbeit. Eine solche Arbeit zähle nicht zu den originären Aufgaben eines Gemeinderates.

Beschluss: Der 9. Zwischenbericht zur Baumaßnahme Fürstenberg-Gymnasium/Sanierung wird zur Kenntnis genommen.

6) TOP 4-115/13 Fürstenberg-Gymnasium / Sanierung - Vergabe Schlosserarbeiten 2. BA

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

7) TOP 7-003/13 Jahresabschluss 2012 - Eigenbetrieb Wasserwerk - Prüfung

Stadtrat Kaiser: Ihm sei unklar, ob 2012 nur die Einnahmewerte oder auch die Ausgabewerte auf das Jahresende hochgerechnet worden seien.

Herr Zoller: Nur die Verbrauchsgebühren seien hochgerechnet worden.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

8) TOP 7-001/13 Jahresabschluss 2012 - Eigenbetrieb Abwasser - Prüfung

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

9) TOP 1-056/13 Feststellung Jahresabschluss 2012 des Eigenbetriebs Wasserwerk

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

10) TOP 1-057/13 Feststellung Jahresabschluss 2012 des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung

Oberbürgermeister Frei: Er danke Frau Augenstein für die in den letzten Wochen geleistete Arbeit, zumal die Innenrevision zurzeit schwach besetzt sei.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

11) TOP 1-050/13 Jahresrechnung 2012 - Information

Oberbürgermeister Frei: Es handle sich vorliegend um einen Kenntnisnahmebeschluss, da das Rechnungsprüfungsamt des Landratsamtes Schwarzwald-Baar-Kreis dieses Jahr die Innenrevision bei der Prüfung der Jahresrechnung unterstütze. Diese Prüfung laufe momentan noch. Es sei vorgesehen, in der Gemeinderatssitzung am 17.09.2013 den geprüften Jahresabschluss dem Gemeinderat vorzustellen.

Herr Zoller stellt wesentliche Eckpunkte des Jahresabschlusses anhand einer Power-Point-Präsentation vor. Diese ist dem Protokoll beigelegt.

Oberbürgermeister Frei: Er lobe das erzielte Ergebnis außerordentlich. Dieses spiegle auch die gute kommunale Wirtschaftspolitik wider. Die Nettoinvestitionsrate sei hart verdient. Die Stadt Donaueschingen sei mit Solidität unterwegs. Langsam aber sicher würde die Verschuldung zurückgeführt. Die Entscheidung, neue Grundstücksflächen zu erschließen, sei eine rentierliche Investition, welche sich in den großen Grundstückserlösen nun widerspiegeln. Die Stadt Donaueschingen habe auch einen Beitrag zum gesamtstaatlichen Überschuss geleistet.

Beschluss: Die Informationen zum Jahresabschluss 2012 werden zur Kenntnis genommen.

12) TOP 1-055/13 Haushalt 2013 - Zwischenbericht zum 30.06.2013

Oberbürgermeister Frei: Es sei festzustellen, dass das Haushaltsjahr 2013 gut verlaufe. Er hoffe, dass die Gewerbesteureinnahmen auch zum Jahresende hin weiterhin gut laufen würden.

Stadtrat Karrer: Er frage sich, ob die geplanten Mehreinnahmen aufgrund des Zensus 2011 noch aktuell seien, da schon viele Kommunen gegen das Zensusergebnis Widerspruch eingelegt hätten.

Oberbürgermeister Frei: Es handle sich um Angaben zum Status quo. Zum jetzigen Zeitpunkt könne nicht sicher gesagt werden, dass diese Mehreinnahmen auch realisiert werden könnten. Allerdings schenke er den eingelegten Widersprüchen wenig Bedeutung.

Beschluss: Der Haushaltszwischenbericht zum 30.06.2013 wird zur Kenntnis genommen.

13) TOP 1-051/13 Annahme von Spenden - Genehmigung durch den Gemeinderat

Frau Stadträtin Teubert erklärt sich für befangen. Sie verlässt den Sitzungstisch. Sie nimmt weder beratend noch entscheidend an den Verhandlungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

14) TOP 1-058/13 Zweckverband Gasfernversorgung Baar (ZVB) - Änderung des Erdgaskonzessionsvertrages

Oberbürgermeister Frei: Der Erdgaskonzessionsvertrag müsse an die aktuelle Rechtslage angepasst werden.

Stadtrat Greiner: Zum Verständnis möchte er sich erkundigen, ob 2012 und 2013 schon nach der aktuellen Rechtslage abgerechnet worden sei, obwohl der Vertrag erst für die Zukunft geändert werde.

Oberbürgermeister Frei: Die Rechtslage sei bisher schon eingehalten worden.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

16) TOP 4-096/13 Sanierung Donauquelle / Ab- und Aufbau Quelltopf mit Steinrestaurierung - Vergabe

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

17) TOP 4-120/13 Sanierung Donauquelle / Abbau und Steinaustausch Natursteinumfassung - Vergabe

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

18) TOP 4-117/13 Firma Lidl, unbebautes Grundstück Villinger Straße / Anmietung und Umbau zu Parkplatz - außerplanmäßige Ausgabe

Oberbürgermeister Frei: Entgegen der Sitzungsvorlage werde der Stadt das Grundstück nunmehr unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Es müsse dann zurückgegeben werden, wenn es bebaut werde.

Stadtrat Hall: Er unterstütze den Verwaltungsvorschlag. Das Grundstück sollte ohne zeitliche Begrenzung solange wie möglich von der Stadt genutzt werden. Die Zufahrt sollte von der Mühlenstraße her erfolgen. Er plädiere, den Parkplatz in die „Blaue Zone“ aufzunehmen. Durch die momentanen Baustellen seien Parkplätze entfallen.

Oberbürgermeister Frei: Er betone, dass durch die aktuellen Baustellen in Donaueschingen keine Stellplätze entfallen würden. Es handle sich vorliegend um 51 Stellplätze, die zusätzlich zu den bereits vorhandenen hinzukämen.

Stadtrat Dr. Klotzbücher: Er unterstütze den Verwaltungsvorschlag. Zur „Blauen Zone“ sei er gespalten. Seine Idee wäre die Schaffung eines freien Parkplatzes außerhalb der „Blauen Zone“. Wenn die Geschäftsleute aus der Karlstraße ihre Autos auf dem neuen Stellplatz abstellen würden, würde dies eine Entlastung für die Karlstraße darstellen. Er plädiere für diesen Versuch.

Stadtrat Karrer: Er könne dem Verwaltungsvorschlag zustimmen, habe aber Bedenken wegen den Dauerparkern.

Stadträtin Dr. Jarumbek: Sie begrüße den Verwaltungsvorschlag, plädiere aber für die „Blaue Zone“ mit einer Parkdauer von drei Stunden.

Stadtrat Michael Blaurock: Er unterstütze den Verwaltungsvorschlag und ebenso eine Umsetzung in diesem Jahr. Er spreche sich gegen die „Blaue Zone“ aus. Dagegen sei er für eine Parkplatzbewirtschaftung auf dieser Stellfläche.

Bürgermeister Kaiser: In Donaueschingen würden sich die Händler mit kostenfreien Parkplätzen rühmen. Sein Vorschlag gehe dahin, Dauerparkern das Parken zuzulassen. Im Anschluss daran könnte der Donauhallenparkplatz in die „Blaue Zone“ aufgenommen werden.

Oberbürgermeister Frei: Er spreche sich gegen eine Parkplatzbewirtschaftung aus und sei dafür, die bisherige Linie weiter zu verfolgen. Die Bewirtschaftungsverträge würden auch eine Mehrarbeit für die Verwaltung bedeuten.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt der Anmietung des Lidl-Grundstückes Flst. Nr. 451/1 zu.
2. Die Herstellungskosten in Höhe von ca. 50.000 € und die eventuell 2013 anfallenden Pachtkosten (ca. 3.000 €) werden außerplanmäßig durch Entnahme aus der Rücklage finanziert.

(einstimmig)

3. Der Antrag von Stadtrat Michael Blaurock, für den Parkplatz eine entgeltliche Parkraumbewirtschaftung einzu-

führen, wird abgelehnt.

(5 Ja, 26 Nein, 1 Enthaltung)

4. Dem Antrag von Stadträtin Jarsumbek, den Parkplatz zur entgeltfreien Bewirtschaftung in die „Blaue Zone“ mit meiner maximalen Parkdauer von 3 Stunden aufzunehmen, wird zugestimmt.

(24 Ja, 7 Nein, 1 Enthaltung)

19) TOP 4-095/13 Hindenburgring / Ampelregelung

Herr Bunse: Seit der Ampelumstellung vor ca. einer Woche sei eine Verbesserung der Kapazität um 15 % eingetreten. Die Verwaltung setzte sich für eine Ampelerneuerung im Jahr 2014 unter Mitwirkung des Landes ein. Die Radien beider Kreuzungen (Villinger Straße und Friedhofstraße) seien zu klein, um Kreisverkehrsplätze zu bauen. Es handle sich vorliegend um eine Vorprüfung der Verwaltung. Er plädiere dafür, im Haushalt 2014 den städtischen Anteil für eine Ampel bereitzustellen.

Stadtrat Dr. Klotzbücher: Bei ihm mache sich Unbehagen breit, da die Ampel nicht besser umgesteuert werden könne. Ein Kreisverkehr sei nicht sinnvoll, weil er zu teuer sei und keine alternative Umleitungsstrecke vorhanden sei.

Stadtrat Hall: Er würde es begrüßen, wenn man auch die Möglichkeit eines Kreisverkehrs prüfen würde. Es gäbe auch überfahrbare Kreisverkehre. Er plädiere für die Einstellung von Planungsmitteln im Haushaltsplan 2014.

Stadtrat Michael Blaurock: Momentan bestehe kein Grund zur Eile. Er bitte, zuerst eine Untersuchung durchzuführen und zunächst nur Planungsmittel einzustellen.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Man solle zuerst untersuchen. Der Wegfall der Linksabbieger könne sich nicht befürworten.

Stadtrat Karrer: Kreisverkehre seien kein Allheilmittel. Vorliegend gebe es Hauptwegebeziehungen. Ansonsten teile er die Ansicht von Stadtrat Dr. Klotzbücher.

Beschluss:

1. Der Beschlussvorlag, 130.000 € für eine neue Ampel im Haushaltsplan 2014 einzustellen, wird abgelehnt.

(12 Ja, 17 Nein, 4 Enthaltungen).

2. Dem Beschlussvorschlag, im Haushaltsplan 2014 Planungsmittel in Höhe von 10.000 € einzustellen, wird zugestimmt.

(29 Ja, 3 Nein, 1 Enthaltung).

20) TOP 6-010/13 Schulentwicklung - Bildung eines "Arbeitskreises Schule"

Bürgermeister Kaiser: Die Bildung eines Arbeitskreises Schule halte er für nicht sinnvoll, da dieser wohl auf die Gemeinschaftsschule abstelle. Es gäbe in Donaueschingen andere gesunde Schultypen. Die Verwaltung habe ein Problem mit der Gemeinschaftsschule. Es werde künftig voraussichtlich zwei Säulen geben. Zum einen das Gymnasium und zum anderen ein anderes Modell. Die Verwaltung gehe bei Beratungsreife wieder ins Gremium.

Stadtrat Karrer: Es gehe um die Veränderung der Schullandschaft und nicht um die Gemeinschaftsschule. Ein regionaler Schulentwicklungsplan könnte schnell kommen. Die Realschule sei stabil. Für die Inklusion müsse eine Lösung gefunden werden. Er möchte für Donaueschingen eine zukunftsträchtige Schulentwicklung.

Stadtrat Hall: Ihm gehe es darum, gemeinsame Schulpolitik zu betreiben. Dies habe Donaueschingen lokal beim Fürstenberg-Gymnasium in die Hand genommen, ohne nach der Meinung des Landes zu fragen. Dies bedeute, dass in Donaueschingen eine aktive Schulentwicklung betrieben würde. Nach dem Gymnasium sollte nun die nächste Schule in den Fokus genommen werden. Dies sei aus seiner Sicht die Realschule. Es sollte an Schule, Lehrer und Eltern die Einladung zum Mitwirken an einem nächsten Projekt ausgesprochen werden.

Stadträtin Weishaar: Sie begrüße den Vorstoß eines Beirates. Man müsse das Heft selber in die Hand nehmen. Donaueschingen habe eine breite Schullandschaft, aus der sich etwas machen ließe.

Stadtrat Blaurock: Er sei ein Fan der Gemeinschaftsschule. Fraglich sei, wie sich die Schullandschaft künftig entwickle. Aus seiner Sicht gäbe es Nachholbedarf. Er unterstütze den Arbeitskreis deshalb vehement.

Oberbürgermeister Frei: Die Bildungskompetenz liege beim Land Baden-Württemberg und nicht bei den Kommunen. Man könne nicht glauben, es gäbe eine Lösung für alle Zeit. Er verweise auf die hohe Volatilität.

Stadtrat Vetter: Bei der Realschule müsse man eine ordentliche Planung erstellen. Man müsse sich Gedanken machen, wie die Schulentwicklung weiter gehe.

Stadtrat Dr. Klotzbücher: Die Stadt habe als Schulträger das Gebäude zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat Karrer: Es werde zukünftig vermutlich nur noch zwei Schulmodelle geben. Mit einem Arbeitskreis wäre man zukunftsträchtig aufgestellt.

Oberbürgermeister Frei: die GEW verfolge das Ziel einer Schulart.

Stadtrat Hall: Er wolle nicht blind in die Realschule investieren. Es müsse ein Schritt vom bloßen Schulträger weg getätigt werden.

Beschluss:

1. Der Sachstand zum Schulwesen wird zur Kenntnis genommen.
2. Dem Beschlussvorschlag von Stadtrat Karrer, einen Arbeitskreis „Schule“ zu bilden, wird nicht zugestimmt

(13 Ja, 16 Nein, 4 Enthaltungen)

3. Dem Antrag von Stadtrat Hall, ähnlich wie beim Fürstenberg-Gymnasium auch für die Realschule und Werkrealschule ein Schulkonzept unter Einbeziehung von Lehrern, Eltern und Gemeinderat zu entwickeln, wird nicht zugestimmt.

(10 Ja, 13 Nein, 6 Enthaltungen)

21) TOP Verabschiedung Herr Amtsleiter Georg Riedmann

Oberbürgermeister Frei: Er gratuliere Herrn Riedmann zur Wahl des Bürgermeisters in Markdorf. Dies stelle für Herrn Riedmann eine persönliche Weiterentwicklung dar. Zudem sei es für Donaueschingen ein Qualitätsmerkmal, wenn jemand aus der hiesigen Verwaltung zum Bürgermeister gewählt werde. Gleichwohl sei der Weggang von Herrn Riedmann ein Verlust für die Stadt.

Herr Riedmann habe in Donaueschingen einen sehr großen Aufgabenbereich bekleidet. Nachdem er zunächst für den Fachbereich Kultur verantwortlich gewesen sei, sei er 2005 Leiter des Kulturamtes geworden. 2007 sei das Kulturamt dann mit dem Tourismus- und Sportamt fusioniert worden. Von da an habe Herr Riedmann unmittelbare Personalverantwortung gehabt.

Viele zentrale Herausforderungen und Zuständigkeiten hätten die Arbeit von Herrn Riedmann begleitet. Er erwähne beispielsweise die Musiktage. Zudem lobe er die gute Zusammenarbeit mit Herrn Bunse und Herrn Trappe.

Während der Tätigkeit von Herrn Riedmann bei der Stadt sei das kulturelle Angebot permanent aufgewertet worden. Das umfassendste Projekt seien gewiss die Heimattage 2012 gewesen. Zudem habe Herr Riedmann 2008 die Leitung der Reitturnier GmbH übernommen.

Ein Kulturamtsleiter sollte etwas mit Kultur zu tun haben, gleichzeitig aber auch die Verwaltung kennen. Dies sei bei Herrn Riedmann gewährleistet. Er wünsche ihm für seine Arbeit in Markdorf alles Gute.

Herr Riedmann erhält von Herrn Oberbürgermeister Frei als Geschenk eine Stadtkrawatte und ein Kunstwerk von Joe Winter.

Herr Riedmann: Er habe 2002 nach seiner Wahl nicht gewusst, wie eine Verwaltung funktioniere. Bei seinem Wahlkampf in Markdorf sei ihm diese Frage aber nicht mehr gestellt worden. Dies sei symbolisch. Er danke allen für die gute Zusammenarbeit. Das Zusammenwirken mit den Kollegen aus dem Amt 2 habe ihm große Freude bereitet. Er bedanke sich für seine konstruktive Begleitung.

22) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Keine